

Ausblick auf eine
notwendige
gesellschaftliche
Umgestaltung

Die Zukunftsfähigkeit der politischen Mitte

Heinz Theisen

Niemand kann die Zukunft voraussagen, aber es ist sehr wohl möglich, Eigenschaften zu benennen, die Zukunftsfähigkeit wahrscheinlicher machen. Da sich entsprechende Tugenden auf der individuellen wie der gesellschaftlichen Ebene ähneln, ist die vom Einzelfall losgelöste Einsicht in die Notwendigkeit der Zukunftsvorsorge – von Lernfähigkeit, Mäßigung und Gleichgewicht – leicht vermittelbar. Die Umsetzung ins Handeln stößt jedoch immer wieder auf kurzfristige Eigeninteressen, deren Vertreter Reformen mittels des Sankt-Florian-Prinzips abzuwehren verstehen.

Leitbild Zukunftsfähigkeit

Dem Leitbild „Eigeninteresse“ wird seit langem der Begriff „Nachhaltigkeit“ entgegengehalten. Er hat sich als nicht zugkräftig genug erwiesen, vermutlich wegen seiner zu konservativen und eindimensional ökologischen Zielsetzung. Die damit einhergehende Verdrängung der gleichzeitigen Notwendigkeit von Innovation und Dynamik in der Ökonomie ist typisch für den meist simplifizierten zukunftspolitischen Diskurs. Er leidet – wie die gegenwartsbezogenen Partikularinteressen – an einer einseitigen Problemwahrnehmung, in der sowohl die eigenen Verstrickungen als auch die Probleme anderer Teilsysteme verdrängt werden.

Erst wenn die Zusammenhänge selbst im Mittelpunkt der Debatte stünden, würden die gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteure sichtbar. Dann blieben auch sol-

che Peinlichkeiten erspart, dass ausgerechnet die Partei der kinderlosen 68er sich als Vorkämpfer für den Artenschutz profiliert und dass Verteidiger eines unfinanzierbaren Sozialtats sich zugleich als Wachstumskritiker aufführen.

Bildung ist – so Václav Havel – die Fähigkeit, die verborgenen Zusammenhänge zwischen den Phänomenen zu erkennen. Auch die Heerscharen von ungebildeten Fachleuten tragen in den Informationsfluten der heutigen Zeit unbeabsichtigt zum Wahrheitsstau bei, der weniger auf faustdicken Lügen denn auf zu geringer Berücksichtigung der Komplexität beruht. Eine politische Entsprechung findet sich im Sündenbockdenken nebst der rhetorischen Denkfigur des wechselseitigen Vorwurfes, auf die sich parteipolitische Debatten weitgehend reduzieren und wodurch die notwendige Kooperation zwischen den Parteien und den Akteuren der ausdifferenzierten Teilsysteme verdeckt wird.

Der Zusammenhang von Staatsverschuldung, Standortschwächen, Übernutzung der Natur, Überalterung, Bildungskatastrophe, misslungener Integration von Zuwanderern und so weiter liegt in der Vernachlässigung des langfristig Notwendigen zu Gunsten des kurzfristig Bequemen und Opportunen. Da sich diese Verhaltensweise auf nahezu jeder gesellschaftlichen Ebene breit gemacht hat, kann man schon von einer Krise unseres Selbstverständnisses sprechen, also von einer Kulturkrise. In den Beliebigkeiten postmodernen Handelns, im Schwinden

christlicher Ethik, in den psychischen Identitätskrisen, in der Erosion sozialer Strukturen im Übergang von der Industrie- zur Informationsgesellschaft – überall begegnet man dem Verlust gemeinsamer Maßstäbe, die für den fairen Ausgleich von legitimen Eigeninteressen und Gemeinwohl, von Rechten und Pflichten und eben auch von kurzfristigen Bedürfnissen und langfristigen Notwendigkeiten gebraucht würden.

Schon in dem immer lauter werdenden Ruf nach einer „Bürgergesellschaft“ wird deutlich, dass Gleichgewicht, Mäßigung und Vorsorge nicht mehr den Parteien und Verbänden, aber auch nicht den gesellschaftlichen Rändern und übereifrigen Moralisten überlassen werden dürfen. Das Leitbild Zukunftsfähigkeit ist wesensmäßig mit Ausgleich und Mäßigung verbunden, und insofern liegt die Hypothese nahe, dass es vornehmlich in der soziologischen und politischen Mitte verankert sein muss. In diesem Leitbild verbinden sich konservative und progressive Anliegen zu der spezifisch bürgerlichen Haltung von Maß und Mitte.

Maß und Mitte braucht es zunächst in dem Verhältnis zur Zukunft selbst. Progressive zehren vom Glauben an die Planbarkeit und Gestaltbarkeit der Zukunft. Konservative misstrauen Neuerungen schon wegen der absehbaren Nebenfolgen und der unabsehbaren Spätfolgen. Der „dritte Weg“ einer hedonistischen Gegenwartsorientierung verzehrt gleichermaßen die Ressourcen der Vergangenheit wie der Zukunft. Sowohl der optimistische Glaube an die Planbarkeit der Zukunft als auch die skeptische Mentalität des meist verspäteten Reagierens auf eingetretene Probleme werden aber den sich ständig beschleunigenden Veränderungen nicht gerecht. Sowohl die Planbarkeit der Zukunft als auch ein bewahrendes Reagieren werden zunehmend illusionär. Stattdessen muss es um den rechtzeitigen Aufbau der strukturellen und kulturellen Grund-

lagen und Voraussetzungen einer zukunftsfähigen Gesellschaft gehen.

Lernfähigkeit sichert Zukunftsfähigkeit

Dafür wäre zunächst ein „doppeltes Lernen“ notwendig, wie es dereinst schon vom Club of Rome vorgeschlagen worden war. Wenn man die schlechteste aller Lernformen, die aus Erfahrung, Schock und Leid, vermeiden will, dann bedarf es neben dem tradierten Lernen, welches dazu dient, eine etablierte Lebensform zu erhalten, auch innovativem Lernen, welches Reformen antizipatorisch und damit rechtzeitig hervorbringt. Dieses doppelte Lernen wird aber nur durch die Kooperation der unterschiedlichen Einstellungen und Mentalitäten gegenüber der Zukunft gelingen, auf die sich „Links“ und „Rechts“ heute im Wesentlichen reduzieren. Zukunftsfähigkeit wäre ein parteiübergreifendes regulatives Prinzip, welches die vereinzelt Politikfelder in einen Zusammenhang stellt, woraus sich Konzepte für Einzelfälle ableiten lassen.

Die hiesigen wenig zukunftsfähigen Strukturen werden sich erst dann ändern lassen, wenn dies nicht ein unverhältnismäßiges Risiko für die Akteure bedeutet, das heißt, wenn die Einsicht strategische Mehrheiten und die Meinungsführer erreicht hat. Davon scheint Deutschland nicht mehr weit entfernt zu sein. Die mobilisierende Wirkung des Leitbildes Zukunftsfähigkeit hätte vermutlich schon zum Sieg der Opposition in der zurückliegenden Bundestagswahl gereicht. Denn alles Leben – so Ortega y Gasset –, zumindest alles menschliche, sei auf Dauer unmöglich ohne Ideal. Eine Politik ohne Leitbild ist eine Politik ohne Sinn und Bedeutung, die im erkannten Ernst keine Legitimation mehr besitzt.

Zukunftspolitik muss den Zusammenhang und den Sinn von Verzicht und Gleichgewicht verdeutlichen. Das Ziel macht den Unterschied zum ökonomisti-

schen Neoliberalismus. Wenn die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte nicht dem Profit, sondern neuen Arbeitsplätzen dienen soll, muss sie mit einer gleichzeitigen Qualifizierungsoffensive verbunden werden. Wenn die Kürzung sozialer Leistungen kein bloßes Einsparen auf Kosten von Schwachen sein soll, muss Solidarität mit zusätzlicher Förderung und Forderung der Selbsthilfe subsidiär verbunden werden. Wenn der Abbau von Erhaltungssubventionen kein Kahlschlag sein soll, muss er beizeiten mit Hilfestellungen zur Innovation verbunden werden. Auch Sparen kann man auf Kosten oder eben zu Gunsten der Zukunft.

Die Pluralität beziehungsweise die Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft erlaubt weder einen eindimensionalen Optimismus noch einen eindimensionalen Pessimismus. Es kann sein, dass der Niedergang in diversen Bereichen, wie Wirtschaftsstandort oder Wissenschaft, mit Aufschwüngen in Kunst und Literatur einhergeht. Vielleicht steht dem Verfall unserer Parlamente und Parteien bald eine neue zivilgesellschaftliche Kultur gegenüber, und die Schwächen des Nationalstaates führen zu besserer europäischer Handlungsfähigkeit.

Ein gewisses Quantum an Niedergang scheint die unausweichliche Voraussetzung für eine Umorientierung zu sein. Ohne Not keine Notwendigkeiten. Allerdings kann der Punkt auch überschritten werden, an dem eine Wende oder sogar nur eine sanfte Landung noch möglich ist. Lernwilligkeit und Lernfähigkeit einer Gesellschaft haben in der Geschichte meistens den entscheidenden Unterschied ausgemacht, und dies wird auch für ihre Zukunftsfähigkeit heute gelten.

Leitbild „Gute Gouvernanz“

Um die Macht zu erlangen und zu behalten, glauben die Parteien, ihren jeweiligen Wählern möglichst viele Mühen des Erwachsenenseins nehmen zu müssen. Das

Verhältnis von Geben und Nehmen, Fördern und Fordern und damit auch zwischen Staat und Bürgern ist aus der Balance geraten. Die Umworbenen wurden so lange dazu verführt, nicht mehr für sich selbst zu sorgen, bis sie glaubten, es nicht mehr zu können.

Der Zwang zur Kurzfristigkeit resultiert in der Demokratie aus der Konkurrenz der Politiker um Wählerstimmen. Politiker sind nur für kurze Fristen gewählt, sodass sie sich an den Wünschen ihrer derzeitigen Wähler orientieren. Aufgrund der Versprechungen konkurrierender Kandidaten können sie es sich kaum erlauben, an die übernächste Wahl zu denken. Selbst das übernächste Jahr ist angesichts der Dominanz des Tagesjournalismus und monatlicher Erhebungen schon weit.

Kurzfristiges Handeln wird in der Regel mit dem Verweis auf die „Offenheit der Zukunft“ zu legitimieren versucht. Die Zukunft ist aber nicht so offen, wie es diejenigen gerne hätten, die auf ihre Kosten leben. Mit dem Hinweis auf die Möglichkeit falscher Prognosen weigerten sich die „Pragmatiker“ lange, „vorzeitig“ zu handeln. Pragmatiker wollen zwar nicht einmal wissen, was wahr ist, gleichwohl wissen sie genau, was sie jeweils als Nächstes tun oder nicht tun müssen. Da die Renten aktueller Empfänger gesichert waren, erkannten sie trotz einer seit zwanzig Jahren prognostizierten Krise unserer Rentenversicherung keinen Reformbedarf. Solange die Klimakatastrophe nicht bewiesen, also eingetreten ist, gilt ihnen eine Ökosteuer nur als eine unnötige Belastung der Wirtschaft. Die Hoffnungen der Mahner, dass sich ihre Prognosen durch Gegensteuerung selbst zerstören, bleiben unerfüllt.

Die Interessenvertreter der Gegenwart waren mit dieser Politik zufrieden, bis die in die Zukunft verschobenen Belastungen etwa in Form der Zinsdienste oder der Sozialversicherungskosten die Interessen ihrer Klientel erreichten. Darüber wird

der bundesdeutsche Korporatismus aber an seinem empfindlichsten Nerv getroffen. Das Wirtschaften auf Kosten der Zukunft fällt auf seine Betreiber zurück. Reformen sind daher unausweichlich geworden. Aber sie werden nur Akzeptanz finden, wenn sie einem zusammenhängenden Leitbild wie dem der „Zukunftsfähigkeit“ unterworfen sind.

Die strukturellen Ursachen für die schlechte Gouvernanz in Deutschland sind bekannt. Man leidet an einer doppelten „Politikverflechtungsfalle“ (Fritz W. Scharpf) – der des Korporatismus, in dem sich die Flächentarifpartner auf Kosten der Arbeitslosen ihre Besitzstände sichern, und der zweifachen Gesetzgebung von Bundestag und Bundesrat. Diese blockiert durch ihre systemwidrige Verbindung mit der politisch-kulturell bedingten Uneinigkeit der Volksparteien seit Jahrzehnten Reformen. So wird meist auf Kosten der Zukunft gestritten. Es bestehen sowohl eine korporative und gesetzgeberische (strukturelle) Konsensfalle als auch eine parteipolitische (kulturelle) Konfliktfalle. Beide sind ineinander verschlungen.

Auch im denkbaren Ausweg eines kooperativen Demokratieverständnisses müssten strukturelle und kulturelle Faktoren miteinander verbunden werden. Fairer Wettbewerb ist eine Form der Kooperation. Ein geordneter Konflikt der Parteien wie etwa in Großbritannien würde zunächst einen breiten Konsens unserer Parteien voraussetzen, aus dem heraus die verfassungsändernden Reformen wie die Abschaffung des Bundesrates oder der Tarifhoheit erfolgen können.

Zur akademischen Sündenbocksuche zwischen „Struktur und Kultur“ oder zur journalistischen zwischen „Parteien und Bürger“ kann man nur mit der alten – leider als esoterisch geltenden – Weisheit antworten: außen wie innen beziehungsweise oben wie unten. Unter guter Gouvernanz versteht man daher auch nicht bloß eine gute Regierungstätigkeit, die

von oben nach unten lenkt. Es geht aber auch nicht um ein romantisches Basisdenken, welches das Heil von unten nach oben aufsteigen sieht, sondern um die zugleich kompetitive wie kooperative Interaktion von Staat, Markt und gesellschaftlichen Teilsystemen.

Bürgerliche Eigeninitiative und staatliche Doppelrolle

Eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft unterscheidet sich von der emanzipatorischen Einforderung immer neuer Rechte für sich oder für andere Gruppen durch die Suche nach einem Gleichgewicht zwischen Rechten und Pflichten, von Fördern und Fordern, von Staat und Markt. Das bürgerliche Lebensideal beruhte einst auf dem gelungenen Ausgleich von Gegensätzen wie den genannten. Der modische Ruf nach „sustainability“, nach einer durchhaltbaren Ordnung, übersieht oft, wie eng diese mit den klassischen bürgerlichen Tugenden von Maß und Mitte verbunden ist.

Eine Bürgerinitiative dieser neuen Art ist unlängst gegründet worden. Der Bürgerkonvent versteht sich als überparteiliche Einrichtung derjenigen Bürger, die den Reformstau in Deutschland nicht länger passiv erdulden, sondern aktiv überwinden wollen. Besserung sei nur noch von den Bürgern selbst zu erwarten. Man müsse sich – so Meinhard Miegel als Sprecher der Initiative – freimachen von trügerischen Hoffnungen auf staatliches Handeln. Deutschland werde durch eine heillose Vermengung von Staat, Parteien, Gewerkschaften und Verbänden blockiert. In den vergangenen fünfundzwanzig Jahren sei kein strukturelles Problem gelöst worden.

Die Bürger müssten das Heft endlich mehr in die Hand nehmen und die überkommene Staatsgesellschaft zu einer echten Bürgergesellschaft umformen. Das Land leide unter einem Wahrheitsstau. Der Bürgerkonvent will als Eisbrecher für

Lösungen werben, die nicht einer kurzfristigen Politik oder einer Klientel verpflichtet sind.

Schwerpunkte der Kampagnen sollen sein: ausgewogene Bevölkerungsstruktur, Schaffung eines funktionsfähigen Arbeitsmarktes, Reform der sozialen Sicherungssysteme, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, Erhaltung guter Schulen und Universitäten.

Aber auch solche Initiativen sind auf Kooperation angewiesen. Ihre Adressaten müssen die Parteien bleiben, und deren Willensbildung kann nirgendwo anders durchgesetzt werden als durch Staatsorgane. Mit moralischen Appellen und gutem Willen sind Handlungsprobleme nicht zu lösen. Die meisten Akteure müssen zweckrational innerhalb der Logik ihrer Teilsysteme handeln, wenn sie kurzfristig überleben wollen. Es gibt daher keine Königswege aus dem Dilemma von Eigen- und Gemeininteressen. Die Suche nach einem Weg zwischen ihnen muss so gestaltet werden, dass die Akteure zugleich ihren kurzfristigen Eigeninteressen und den langfristigen Zukunftsinteressen folgen können.

Der „Ort der Moral“ in einer Sozialen Marktwirtschaft ist die Rahmenordnung. Der Staat muss die Rahmenbedingungen für die Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft so gestalten, dass auch das interessegeleitete Handeln in Richtung der Nachhaltigkeit führt. Der Staat agiert in einer Doppelrolle, indem er einerseits moderierende und koordinierende Aufgaben zwischen den gesellschaftlichen Teilsystemen übernimmt und andererseits ihnen gegenüber als eine dem Gemeinwohl verpflichtete Instanz auftritt. Er ergänzt die gesellschaftliche Lernfähigkeit um die letztlich aus dem Monopol auf physische Gewalt resultierende Handlungsfähigkeit.

Gute Gouvernance ist auch die entscheidende Voraussetzung zur Bewältigung der Globalisierung. Globalisie-

rungskritiker neigen dazu, Ursache und Wirkung zu verwechseln. Nicht die Märkte haben versagt, sondern die Regeln, die das Funktionieren des Marktes gewährleisten sollen. Ihre Aufgabe ist es zu regeln, welche Gesichtspunkte des fairen und gerechten Zusammenlebens rechtlich zwingend Vorrang vor dem privaten Vorteilsstreben haben sollen. Das diesbezügliche Politikversagen zeigt sich sowohl in transnationalen Handelsvereinbarungen, die oft Starke vor den Schwachen schützen, als auch auf den nationalstaatlichen Ebenen. Die Staaten, die zu den Globalisierungsverlierern zählen, sind durchgängig von übermäßiger Korruption und von Vernachlässigung der menschlichen Entwicklung, also von Mangel an struktureller Zukunftsfähigkeit gekennzeichnet.

In den Globalisierungsprozessen wird es so lange mehr Verlierer als Gewinner geben, wie es mehr Marktobjekte als Marktsubjekte gibt. Sowohl Wettbewerbs- wie Kooperationsfähigkeit sind notwendig. Ausbildung – im Sinne von Können – und Bildung – im Sinne von Verstehen – werden darüber zur wichtigsten Form der Zukunftsvorsorge, und zwar sowohl für den Einzelnen wie auch für die Volkswirtschaft. Eine optimale Ausbildung ist auch deshalb eine angemessene Antwort auf die Globalisierung, weil diese die herkömmlichen Gruppensolidaritäten und damit auch die kollektiven Identitäten schwächt und die Individuen ihre Wettbewerbs- und Kooperationsfähigkeit immer stärker selbst erkämpfen müssen.

Leitbild Gleichgewicht

Zu den guten Nachrichten gehört ein neuer Trend, der sich von der reinen Individualisierung ohne vorgegebene Normen, Werte und Leitbilder abzuwenden scheint. Der Freizeitforscher Horst Opaschowski sieht den Abschied vom Zeitalter individueller Bastelexistenzen voraus und ein Zeitalter des gemein-

samen Lernens kommen. Die Zukunft gehöre einem Persönlichkeitstypus, der gleichermaßen traditionelle und moderne Werte schätze und eine Wertesynthese verkörpere. Menschen, die sich zwischen Altem und Neuem souverän bewegten, so genannte aktive Realisten, seien sowohl diszipliniert als auch kommunikativ, durchsetzungsfähig und kooperativ, fleißig und sensibel. Jüngere und Ältere würden heute jedenfalls gleichermaßen ein ausbalanciertes Lebenskonzept anstreben.

Auch in der politischen Theorie dominieren seit längerem Ansätze, die sich um einen Ausgleich von Gegensätzen, um eine Politik „jenseits von Links und Rechts“ bemühen. Wie bei der Sozialen Marktwirtschaft, die christliche, konservative, sozialistische und liberale Elemente zusammenfügt, sollen in einer Politik der Mitte Elemente in ein Wechselverhältnis gesetzt werden, die in ideologischen Weltbildern als Widersprüche galten, die durch totalitäre Vereinheitlichung aufgelöst werden sollten: Eigennutz und Gemeinnutz, Rechte und Pflichten, Individualität und Gemeinschaft, Freiheit und Gleichheit, Gerechtigkeit und Modernität.

Suche nach Gleichgewicht

Grundlegend ist die Unterscheidung von Gegensatz und Widerspruch. Gegensätze sind komplementär. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis, welches konstruktiv genutzt werden kann, wenn die unterschiedlichen Pole aufeinander bezogen werden. In der vielfältigen Spannung des Lebendigen liegt – so Romano Guardini – der Reichtum des Seins. Gegensätze verweisen aufeinander, brauchen einander und ergeben so die Symphonie des Ganzen. Der Widerspruch zerstört dagegen die Symphonie. Das Böse gehört – anders als im marxistischen Denken – nicht zur Dialektik des Seins, sondern greift das Sein von der

Wurzel her an. Politische Mitte darf daher nicht mit jenem naiven Gutmenschenentum verwechselt werden, in welchem die Dialektik vom Sinn des Bösen fortzuwirken scheint.

Politische Mitte bedeutet kein relativistisches Weder-noch, sondern ein Sowohl-als-auch zwischen gegensätzlichen Polen im Sinne eines dynamischen Fließgleichgewichtes. Die Suche nach dem Gleichgewicht kann bei nahezu allen Politikbereichen ansetzen. Im Kern geht es immer darum, unterschiedliche Aufgaben nicht auf Widersprüche zu reduzieren, sondern auf ihre Ergänzungspotenziale zu befragen, so zum Beispiel:

- in der Sozialarbeit auf Hilfe und Selbsthilfe, Verantwortung für andere und Selbstverantwortung für sich
- in der Sozialpolitik auf Solidarität und Subsidiarität
- in der Arbeitsmarktpolitik auf Flexibilität und soziale Sicherheit (Flexicurity)
- in der Globalisierung auf Wettbewerb und Kooperation (Coopetition)
- in der Bildungspolitik auf Fördern und Fordern
- im Verhältnis zu nachgeordneten Institutionen auf Autonomie und Kontrolle
- in der Industriepolitik auf Subventionen als Hilfe zur Innovation
- in der Ausländerpolitik auf das Recht zur Integration und auf die Pflicht zur Integration
- in der inneren Sicherheit auf soziale Prävention und polizeiliche Repression
- in der Entwicklungspolitik auf Hilfe der Geberländer und gute Gouvernanz bei den Empfängerländern
- in der Familienpolitik auf Erziehungsleistungen und öffentliche Transferleistungen
- in der Haushaltspolitik auf Sparen im konsumtiven und Investitionen in innovativen Bereichen
- in der Jugendpolitik auf Leistung und Gegenleistung, auf Bring- und Hol-schuld zwischen den Generationen

– im persönlichen Verhalten zwischen Rechten und Pflichten, Selbstverwirklichung und Selbstüberwindung.

Diese Suche nach einem Gleichgewicht entspreche der alten Weisheit vom mittleren Weg, die in der besseren Tradition unserer Kultur steht. Die Kultur des Westens ist wesensmäßig auf Spannung und Ausgleich hin angelegt, ob zwischen Religion und Politik, Glaube und Vernunft, Gefühl und Rationalität, Idealismus und Materialismus. Heute muss sich die Zukunftsfähigkeit dieser Haltung insbesondere zwischen Ethik und Wissenschaft, Nationalstaatlichkeit und Europa oder auch zwischen Offenheit und Identität bewähren.

Die politische Mitte muss sich deutlich von jenen schwärmerischen Kräften ab-

grenzen, die ein „Zusammenfallen der Gegensätze“ nicht wie Nicolaus Cusanus erst in Gott, sondern bereits auf Erden einfordern. Sie muss zur rechtzeitigen Ausgrenzung extremistischer und fundamentalistischer Kräfte in der Lage sein, damit sie ihre prinzipielle Offenheit und Lernfähigkeit bewahren kann. Fundamentalismus und Relativismus könnten sich ansonsten in einer für den Westen verhängnisvollen Weise ergänzen. Jenseits von vormodernem Fundamentalismus, modernen Ideologien und postmoderner Beliebbarkeit, zwischen militantem Entweder-oder und nihilistischem Weder-noch muss die politische Mitte die Zukunftsfähigkeit unserer Kultur sichern.

Gewaltiger Fortschritt

„Es besteht heute kein Zweifel mehr, dass die internationale Gemeinschaft die Bedeutung gesunder Institutionen und von Rechtssicherheit für das Funktionieren der Marktwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern unterschätzt hat. Ich denke auch, dass die extremen Einkommensunterschiede in vielen Ländern Lateinamerikas und anderswo Anlass zur Überprüfung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielkataloge in diesen Ländern sein sollten. Vielleicht wäre die Entwicklung dort besser verlaufen, wenn etwas mehr von dem Gedankengut Ludwig Erhards in praktische Politik umgesetzt worden wäre. Wie Sie wissen, ging es Ludwig Erhard bei der Sozialen Marktwirtschaft um die Aufgabe, ‚das Prinzip der Freiheit auf dem Markt mit dem des sozialen Ausgleichs und der sittlichen Verantwortung jedes Einzelnen dem Ganzen gegenüber zu verbinden‘. Ich ermutige Wissenschaft und Politik in Deutschland, sich aktiver als bisher mit Ideen einer modernen Sozialen Marktwirtschaft an der Diskussion um eine bessere Globalisierung zu beteiligen. Insgesamt gibt es für mich aber keinen Zweifel: Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft sind am Beginn des 21. Jahrhunderts in der Welt so weit verbreitet wie noch nie – und das halte ich für einen gewaltigen Fortschritt der Menschheit.“

Horst Köhler am 15. November 2002 anlässlich der Verleihung des Preises Soziale Marktwirtschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung an Werner Otto.